

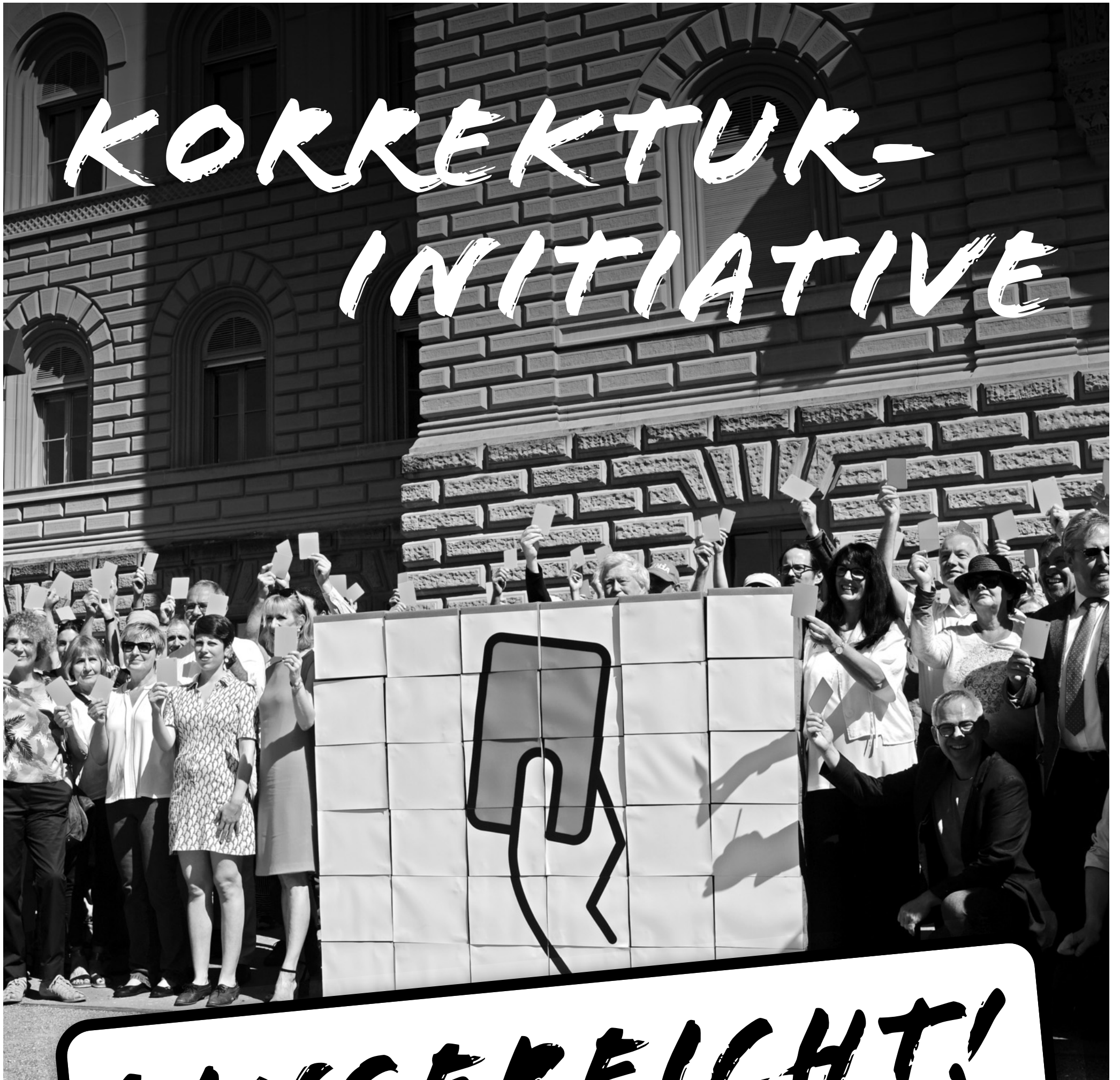
AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig September 2019 Nr. 179

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



EINGEREICHT!

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Die Tage werden wieder kürzer und der nächste grosse Klimastreik steht kurz bevor. Auch die Armee ist eine grosse CO2-Schleuder (S. 3) – besonders die neuen Kampffjets (S. 6), die CVP-Verteidigungsministerin Viola Amherd unter vielem anderem kaufen will (S. 5), für notabene rund 15 Milliarden Franken. Zurückstecken muss dafür der Zivildienst (S. 6), was aber die Rekrutenschule nicht attraktiver zu machen scheint, denn die Anfragen von verzweifelten Soldaten bei der GSoA häufen sich (S. 6).

Doch es bleibt wie gehabt: Der Bundesrat und das Seco bleiben armee- und rüstungsfreundlich. Dies verdeutlicht die Botschaft zur Kriegsgeschäfte-Initiative (S. 4) und die neusten Zahlen der Schweizer Kriegsmaterialexporte (S. 7). Auch der grosse Erfolg der Korrektur-Initiative (S. 4), die wir nach nur sechs Monaten eingereicht haben, ändert nichts daran, dass die Schweiz Munition für 13 Millionen nach Pakistan schickte, um nur ein Beispiel zu nennen. Die einzige erfreuliche Nachricht von Seiten Bund kam diesen Sommer vom EDA, indem es die Pilatus-Flugzeugwerke zurückgepfiffen hat (S. 7).

Es ist deshalb wichtig, dass wir uns an unsere Erfolge erinnern: Denken wir an Atalanta (S. 7) und an die Armee-Abschaffungs-Initiative (S. 3) am Ende des Kalten Krieges (S. 2). Doch auch die Militärschwelgen gerne in Erinnerungen: Unser langjähriger Sekretär und Buchhalter, der uns leider bald verlassen wird (S. 8), hat die Militär-Oldtimer-Show Convoy to Remember besucht und dort allerhand Fragwürdiges gesehen (S. 5). Und deshalb ist ebenfalls wichtig: Bleiben wir weiterhin gut informiert und vernetzt, national und international (S. 2) und gehen wir wählen am 20. Oktober!

Wir wünschen uns allen ein verantwortungsvolleres Parlament und gute Herbsttage,
Judith Schmid und das Redaktionsteam

AUSSTELLUNG

Eine Reise zurück in die Zeiten des Kalten Krieges

Das Museum Burg in Zug erinnert mit einer Ausstellung an das Ende des Kalten Krieges. Die GSoA war mit dabei – in doppelter Hinsicht. Von Magdalena Küng

Der Kalte Krieg prägt die weltpolitischen Feindbilder heute noch. Seit dem Fall der Berliner Mauer aber hat sich viel getan – und 1989 ist als ein Jahr der politischen Umwälzungen in die Geschichte eingegangen. Zum 30-jährigen Jubiläum des Ende des Kalten Krieges organisiert das Museum Burg in Zug eine Sonderausstellung. Ein Besuch lohnt sich unbedingt: Die Ausstellung frischt nicht nur das historische Wissen über diese Zeit auf, sondern schärft auch das Verständnis über die damaligen Dynamiken und die aus ihnen hervorgegangene Friedensbewegung.

Die GSoA stattete dem Museum im August einen Besuch ab – und traf auf sich selbst: Thematisiert wird in der Ausstellung nämlich auch die erste GSoA-Initiative zur Abschaffung der Armee, die am 26. November 1989 eine unerwartet hohe Zustimmung fand und das militärische Selbstverständnis der Schweiz nachhaltig schwächte.

Die Ausstellung ermöglicht auf anschauliche und zugängliche Art und Weise eine Auseinandersetzung mit Fragen, die die GSoA noch heute beschäftigen. Wie gelingt es, Frieden nachhaltig zu sichern? Welches sind die gesellschaftlichen Auswirkungen von Konflikten? Und was kann man gefährlichen Machtdynamiken und Kriegsgelüsten entgegenhalten? Alles Fragen, denen sich nicht nur die Friedensbewegung, sondern gerade auch die Politik endlich stellen sollte.

Die GSoA vor der GSoA-Wand an der Ausstellung «Ernstfall!» in Zug. (Foto: GSoA)



FORUMS-FEST

Einweihung des Seki Bern

Anfang dieses Jahres verliess das Sekretariat der GSoA in Bern das heimeligen Häuschen an der Neubrückstrasse, das uns jahrzehntlang als Zuhause diente. Die Einweihung der neuen Räumlichkeiten liegt nun ebenfalls bereits hinter uns.

Von Nicolas Félix

Stets in Begleitung des Grünen Bündnisses Bern und der Jungen Alternative! sind die Berner GSoA-SekretärInnen in ihre neuen, hellen Räumlichkeiten an der Breitenrainstrasse 59 gezogen. Nachdem während mehreren Monaten eingerichtet wurde, durften wir den Ort noch offiziell einweihen. Am 24. August haben wir keine Mühe gescheut und aus der traditionellen

Einweihungsparty ein Quartierfest gemacht. Während eines Abends haben zahlreiche Mitglieder und UnterstützerInnen unserer drei Organisationen zusammen mit den QuartierbewohnerInnen den Platz vor dem Sekretariat eingenommen und belebt. Um unsere Gäste zu empfangen hatten wir einen Essensstand, eine Bar, eine Bühne sowie zahlreiche Aktivitäten vorbereitet. Um 18 Uhr wurden mehrere Reden gehalten, bevor die Band Heizöfel! zum Tanz lud. Das Fest ging dann musikalisch bis spät in die Nacht weiter. Ein riesen Dankeschön an die Mitglieder der Jungen Alternative! für ihren grossen Einsatz bei der Vorbereitung des Festes. Falls jemand nicht dabei sein konnte: Wir freuen uns immer über Besuch!



Gute Stimmung am Sommerfest (Foto: GSoA)

REGRU-TREFFEN

Neuer Elan für die Regionalgruppen

Seit Anfang dieses Jahres organisiert die Regionalgruppe Zürich thematische Veranstaltungen, die sich eines immer grösser werdenden Erfolgs erfreuen dürfen. Die Regionalgruppen Bern und Basel sind darauf aufmerksam geworden und werden ab nächstem Semester dasselbe Format anbieten. Von Nicolas Félix

Seit einigen Monaten organisiert die Regionalgruppe Zürich thematische Treffen. Jeden Monat gibt es ein neues Thema, in das zuerst von einem Gastreferenten/einer Gastreferentin oder von einem Teilnehmer/einer Teilnehmerin eingeführt wird, bevor es dann bei einer Diskussionsrunde vertieft besprochen wird. Dieses neue Format überzeugt und so haben sich die Regionalgruppen Basel und Bern entschlossen, dasselbe zu tun und Treffen zu organisieren, bei denen sowohl über

GSoA-Projekte als auch über grundlegende Thematiken gesprochen wird.

So wird im nächsten Semester zum Beispiel in Basel über Aktivismus als Form politischen Einsatzes diskutiert werden. In Bern wiederum trifft man sich im Rahmen des Jubiläums der ersten Armee-Abschaffungs-Initiative, um über den Einfluss von Volksinitiativen zu sprechen, auch wenn sie an der Urne keinen Erfolg hatten. In der Regionalgruppe Zürich könnt ihr mehr über das geheimnisvolle Thema «Cyber War» erfahren. Weitere Informationen gibt's auf www.gsoa.ch/event Wir laden euch herzlich zu diesen Events ein und freuen uns auf Vorschläge eurerseits, welche weiteren Themen wir zusammen vertiefen sollen! Die Regionalgruppen sind ebenfalls in der Westschweiz präsent, nämlich in Lausanne, Genf und im Wallis. Ihre Kontaktdaten finden sich unter www.gssa.ch/regionalgruppen.

KLIMAKRISE

Die grösste Bedrohung

Ein Artikel, der mit einem pathetischen Aufruf an unsere Verantwortung beginnt; dann an die Dramatik der Bedrohung durch die Klimakrise erinnert; und schliesslich in Fassungslosigkeit über die Schweizer Sicherheitspolitik im Allgemeinen und den CO₂-Ausstoss der Armee im Speziellen endet. Von *Andreas Weibel*

Es gibt ungefähr 250 Milliarden Sterne in unserer Galaxie. Ein grosser Teil davon wird von erdähnlichen Planeten umkreist. Es gäbe unvorstellbar viele andere mögliche Orte – aber gemäss dem aktuellen Stand unseres Wissens ist unser Planet wohl der einzige, auf dem komplexes Leben entstanden ist. Seit die ersten Lebensformen vor rund dreieinhalb Milliarden Jahren erschienen, entwickelten sich rund 50 Milliarden Arten. Nur eine dieser Arten – die Menschheit – brachte eine technologisch fortgeschrittene Zivilisation hervor. Und erst seit wenigen Jahrzehnten sind wir in der Lage, die Geschichte unseres Planeten als Ganzes zu bestimmen. Kurzum: Es ist ein unfassbar grosser Zufall, dass wir existieren – und dass wir

zu diesem Zeitpunkt leben. Dieses Glück birgt auch eine immense Verantwortung: Wir entscheiden über die Zukunft des Lebens nicht nur auf der Erde, sondern vielleicht in unserer gesamten Galaxie.

Die Bedrohung

In der Diskussion um die Klimakrise wird viel über die Zwei-Grad-Grenze gesprochen. Das heisst, die von den Menschen verursachte Erwärmung der Erdatmosphäre sollte im Durchschnitt nicht mehr als zwei Grad über dem Wert vor der Industrialisierung liegen. Was die Politik hingegen kaum zu diskutieren wagt, ist was geschieht, wenn dieser Wert überschritten wird. Es gibt im Klimasystem der Erde Kippunkte: Wenn bestimmte Temperaturgrenzen überschritten werden, setzen Prozesse ein, die sich selbst verstärken und kaum mehr gestoppt werden können. Dazu zählen das Auftauen der Permafrostböden in der Arktis und die damit verbundene Freisetzung immenser Mengen an CO₂; das Schmelzen der Polkappen, welches dazu führt, dass weniger Sonnenwärme ins All reflektiert wird; oder das Auftauen von extrem klimaschädlichem Methanhydrat, das momentan im Ozeanboden gebunden ist. Die Konsequenzen wären ein noch nie dagewesener Temperaturanstieg, ein für die Menschen und die meisten anderen Arten lebensfeindliches Klima. Die denkbaren Szenarien könnten schlechten Fantasy-Filmen entstammen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass im Zeitraum von ein paar hundert Jahren sämtliches Meerwasser verdampfen wird.

Wir haben unterdessen bereits mehr als die Hälfte der Zwei-Grad-Marke überschritten. Auf unseren Schultern lastet eine riesige Verantwortung und wir stehen kurz davor, es zu vergeigen.

Die Rolle der Armeen

Die Aufgabe der Sicherheitspolitik und jeder Armee ist es, die Bevölkerung zu schützen und Bedrohungen abzuwenden. Angesichts der gewaltigen Gefahr der Klimakrise müsste man annehmen, dass die Armee alle mobilisierbaren Ressourcen einsetzt, um diese Bedrohung abzuwenden. Das Gegenteil ist der Fall.

Pro Jahr produziert die Schweizer Armee rund 240 000 Tonnen CO₂. Das ist etwa gleich viel Kohlendioxid wie sämtliche Autos in der Stadt Zürich ausstossen oder etwa ein halbes Prozent der gesamten Schweizer Treibhausgas-Emissionen. Etwa die Hälfte des CO₂-Ausstosses der Armee stammt von der Kampfjet-Flotte. Ein F/A-18-Flugzeug verbrennt rund 5000 Liter Treibstoff pro Flugstunde und produziert in dieser Zeit rund 15 Tonnen CO₂. Das entspricht einer Autofahrt zweieinhalb Mal um den Äquator. Die momentan als Nachfolger evaluierten Kampfjets verbrauchen teilweise nochmals deutlich mehr Treibstoff als die F/A-18.

Die Schweiz steht damit nicht allein. Die US-amerikanischen Streitkräfte sind der grösste institutionelle Verbraucher von Kohlenwasserstoffen der Welt. Sie sind für etwa gleich viel CO₂-Emissionen verantwortlich wie Portugal oder Peru. Im Jahr 2017 gaben die US-Streitkräfte 8.7 Milliarden Dollar für Treibstoffe aus.

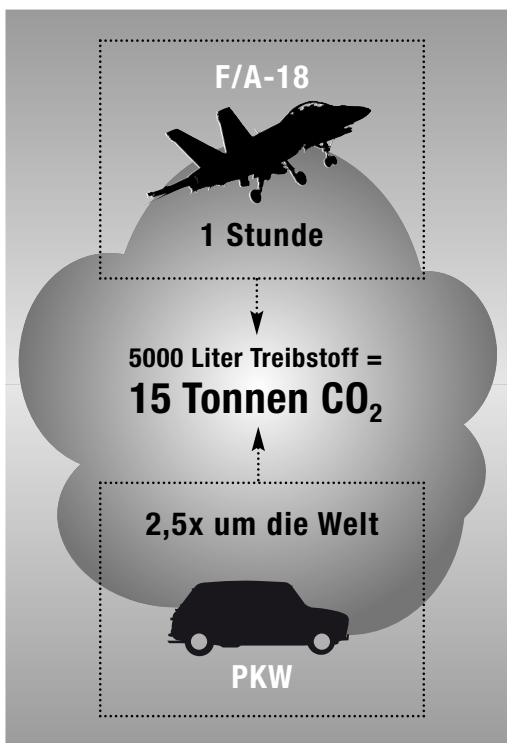
Das Versagen der Sicherheitspolitik

Die direkten Emissionen des Militärs sind ein grosses Problem. Das grundlegendere Problem ist jedoch ein anderes. Die Menschheit ist zu unglaublichen kollektiven Leistungen fähig, insbesondere in Situationen der Bedrohung.

Wir sehen es als selbstverständlich an, dass im Falle einer klassischen militärischen Auseinandersetzung alle Ressourcen einer Gesellschaft auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtet werden. Das betrifft die industrielle Produktion und den Einsatz von Menschenleben, aber auch der Wissenschaft und Forschung.

Wir befinden uns in einem existentiellen Notstand, einer Bedrohung globalen Ausmasses. Noch gibt es Hoffnung. Wir brauchen jedoch die Mobilisierung aller Ressourcen der Menschheit, um die Klimakatastrophe abzuwenden. Wir bräuchten ein neues Klima-Apollo-Programm, einen Klima-Marshall-Plan, ein Klima-Manhattan-Project. Wir bräuchten SicherheitspolitikerInnen, die den Menschen klar machen, dass wir Prioritäten setzen und uns einschränken müssen, wenn wir unsere Zukunft retten wollen.

Stattdessen kaufen wir neue Kampfjets, und die Grossmächte zetteln ein milliardenteures Wettrüsten um Hyperschallwaffen an. Die selbstzerstörerische Blindheit der Militärs, der SicherheitspolitikerInnen und der rechten Mehrheiten in Klimafragen soll uns jedoch nicht einfach fassungslos zurücklassen. Sie soll uns anspornen, diese Mehrheiten zu brechen, so dass wir als Gesellschaft unsere Verantwortung endlich anpacken können.



ENAAAT

GSoA International

(aw) Nicht nur die Rüstungsindustrie ist global, sondern auch der Widerstand gegen die Kriegsprofiteure. Die GSoA setzt sich nicht nur in der Schweiz für eine friedlichere, zivilere Welt ein. Im Rahmen des European Network Against Arms Trade (ENAAAT) engagiert sie sich auch auf internationaler Ebene gegen Militarismus und das Geschäft mit dem Krieg.

Anfangs Juni trafen sich AktivistInnen aus rund einem Dutzend Ländern zu einem Treffen von ENAAAT in Barcelona. Diskutiert wurde beispielsweise, wie die verschiedenen Länder angesichts des Krieges in Jemen Waffenexporte nach Saudi-Arabien handhaben und welches die Streitpunkte sind. In den vergangenen Monaten, insbesondere seit dem Mord an Jamal Khashoggi, haben diverse Staaten solche Exporte verboten. Zu diesen Staaten zählen Grossbritannien, die Niederlande, Dänemark, Deutschland, Finnland, Norwegen und Flandern. (In Belgien ist ungewöhnlicherweise nicht die Zentralregierung die die Kriegsmaterial-Gesetzgebung zuständig, sondern die Regionalbehörden.) Während in den meisten Ländern die Regierung oder das Parlament ein Embargo verhängt, war es in Grossbritannien ein Gerichtsentscheid, der seit kurzem Waffenexporte an die saudische Regierung untersagt.

Die Schweizer Waffenexportpraxis nach Saudi-Arabien ist bestenfalls inkohärent (siehe auch Seite 7 dieser Zeitung). Die Fortschritte in anderen Ländern geben uns zusätzliche Motivation, auch in der Schweiz für eine vernünftige Waffenexportpraxis zu bekämpfen.

Einladung

Was: 30 Jahre Abstimmungserfolg «Für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik»

Wann: 26. November, ab 18:30

Wo: Provisorium46, Muesmattstrasse 46, 3012 Bern

Anmeldung: Nicht nötig, aber zwecks Planung erwünscht (an gsoa@gsoa.ch)

Was genau: Vorträge von Historikerin Elisabeth Joris, GSoA-Mitgründer Jo Lang und GSoA-Sekretärin Magdalena Küng. Fotoausstellung und Apéro.
Und noch genauer: Als am 26. November 1989 über 35% der Stimmberechtigten JA sagten zur Abschaffung der Armee, bröckelte die heile Welt der Militärs. Mehr noch: Der Abstimmungserfolg der GSoA liess das Lufts Schloss, dass die Armee Jahrzehnte lang gehegt und gepflegt hatte, in sich zusammenfallen. Der unverhältnismässige Wehrzwang wurde nicht mehr kritiklos hingenommen, die Lösung sicherheitspolitischer Konflikte durch militärische Ansätze hinterfragt und die turmhohen Ausgaben der Armee an den Pranger gestellt. Die Abstimmung erlaubte eine längst überfällige Öffnung für Kritik an der Armee und zeigte auf, dass das Militär nicht mehr auf die Rückenstärkung der Bevölkerung zählen konnte.

Für die GSoA war die Abstimmung erst der Anfang einer engagierten, aktivistischen und vor allem an- und ausdauernden Kritik am sicherheitspolitischen Verständnis der Schweiz. Egal, ob es sich um willkürliche Budgetposten, die Diffamierung des Zivildienstes, Waffenexporte oder neue Kampfjets handelt: Mit der GSoA gibt es eine Organisation, die der Armee, der Rüstungsindustrie und dem Parlament auf die Finger schaut und Fantasien aus der Zeit des kalten Krieges ein reales Bild von sicherheitsrelevanten Fragen entgegenhält. All das gilt es zu feiern. Gemeinsam wollen wir zurückblicken auf die Anfänge der GSoA und die Vorbereitung unserer ersten Initiative, auf die Dynamiken, die sie auslöste und die Strukturen, die sie aufbrach. Drei Vorträge beleuchten die Geschichte der GSoA aus unterschiedlichen Perspektiven. Nebst dem Rückblick soll aber auch die Aktualität und Zukunft der GSoA ein Thema sein. Zudem werden im Rahmen des Jubiläumsanlass eine kleine Auswahl an Plakaten und Trouvaillen aus den vergangenen Jahrzehnten GSoA-Aktivitäten zu sehen sein. Wir freuen uns, wenn Sie dabei sind und mit uns anstossen auf weitere Jahre antimilitaristische Friedensarbeit!

KORREKTUR-INITIATIVE

Nach der Einreichung ist vor der Abstimmung!

Bei brütender Hitze hat sich am 24. Juni auf der Bundesterrasse eine bunte Menge von 200 Menschen versammelt. Die Stimmung war ausgelassen und das mit gutem Grund: Sechs Monate nach der Lancierung haben wir die Korrektur-Initiative mit über 130'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. *Von Ronja Jansen*

Die vielfältige Menschenmenge stand symbolisch für die kurze Sammelphase der Initiative. Anwesend waren erfahrene GSoA-AktivistInnen und PolitikerInnen, aber auch unzählige Menschen, die sich zuvor noch nie für ein politisches Anliegen engagiert hatten. In den vergangenen Monaten haben uns Nachrichten



GSoA-Sekretär Lewin Lempert bei der Einreichung der Korrektur-Initiative. (Foto: GSoA)

von AuslandsschweizerInnen erreicht, die das erste Mal eine Initiative unterzeichnet haben und Pakete mit Unterschriften von Freiwilligen, die auf eigene Faust einen Sammelanlass in Glarus, Windisch oder Pontresina organisiert haben.

Ein Teil von ihnen stand am 24. Juni auf dem Bundesplatz. Erinnerungsfotos wurden geknipst und Sammelerfahrungen wurden ausgetauscht. Die Mitglieder des Co-Präsidiums wiesen in Reden auf die Wichtigkeit und Dringlichkeit der Korrektur-Initiative hin. Auch GSoA-Sekretär Lewin Lempert richtete einige Worte an die Anwesenden und betonte die beeindruckende Dynamik, die die Initiative gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer während der vergangenen Monate entwickelte. Das unglaubliche Engagement aus der Zivilgesellschaft hat dafür gesorgt, dass es in den vergangenen vier Jahren keine Initiative gab, die schneller eingereicht werden konnte und die von mehr Stimmberechtigten unterzeichnet wurde.

Die Korrektur-Initiative hat Menschen erreicht, die sich weit ausserhalb des üblichen Dunstkreises von linken Initiativen bewegen. Sie hat die Problematik in die Mitte der Gesellschaft getragen. Mit dem Beschluss, neu Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zu liefern hat der Bundesrat für viele Menschen eine rote Linie überschritten. Denn die Gleichung ist denkbar einfach: Mehr Waffenexporte bedeuten mehr kriegerische Konflikte und mehr Menschen, die aus ihrer Heimat vertrieben werden.

Für mehr Mitbestimmung

Für die GSoA bleibt klar: Sämtliche Waffenexporte müssen verboten werden. Mit der Korrektur-Initiative haben wir unser Ziel für ein umfassendes Verbot von Waffenexporten noch nicht erreicht, doch wir machen damit einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Das Volksbegehren führt nicht nur zu strikteren Regulierungen bei den gefährlichen Exporten, sondern sie stärkt auch die demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung. Die Ausgestaltung der Kriegsmaterialverordnung obliegt heute allein dem Bundesrat. Mit der Korrektur-Initiative sollen die Regeln über Kriegsmaterialexporte neu vom Parlament aufgestellt werden. Dies bedeutet auch, dass die Bevölkerung künftig die Möglichkeit

hat, das Referendum zu ergreifen gegen empörende Entscheide wie Lockerungen bei Waffenexporten. Wie gross das Bedürfnis nach mehr Mitbestimmung ist, hat das riesige zivilgesellschaftliche Engagement für die Initiative eindrücklich gezeigt.

Doch nach der Sammelphase ist vor der Abstimmungs-Kampagne: Um die Korrektur-Initiative auch an der Urne zu gewinnen, dürfen wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Denn unsere Gegner im Abstimmungskampf sind mächtig: Die Rüstungslobby wird ihr gesamtes Gewicht in die Waagschale werfen, um ihre Profite zu verteidigen. Die GSoA beteiligt sich jetzt schon an der Vorbereitung der nächsten Schritte. Gemeinsam sorgen wir dafür, dass Waffenexporte endlich dorthin verfrachtet werden, wo sie hingehören: Nicht in Bürgerkriegsländer sondern auf den Müllhaufen der Geschichte.



Gute 130'000 Unterschriften in Kisten verpackt, werden der Bundeskanzlei übergeben. (Foto: GSoA)

KRIEGSMATERIALFINANZIERUNG

Zuerst die Wirtschaft, dann die Menschenleben

Mitte Juni hat der Bundesrat seine Botschaft zur Kriegsgeschäfte-Initiative veröffentlicht. Er empfiehlt dem Parlament und der Bevölkerung, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Die Initiative sei unnötig und schade der Wirtschaft, so seine Begründung. Diese Entscheidung fällt in eine Zeit, in der Schweizer Banken so viel Geld wie noch nie in Firmen investieren, die Atomwaffen produzieren. *Von Thomas Bruchez*

Die im April 2017 lancierte Kriegsgeschäfte-Initiative sieht vor, der SNB, den Pensionskassen und Stiftungen zu verbieten, Geld in Firmen zu investieren, die Kriegsmaterial produzieren. Sie fordert ebenfalls, dass der Bund sich auf nationaler und internationaler Ebene für ein ähnliches Verbot für Banken und Versicherungen stark macht. Die Initiative hatte grossen Erfolg und wurde im Juni 2018 eingereicht.

Auswirkungen bereits vor der Abstimmung

In der Botschaft behauptet der Bundesrat, die Initiative sei unnötig, weil sie weder zu einer friedlicheren Welt noch zur Verhinderung

von Zwangsmigration beitrage, da sie keine Auswirkung auf Angebot und Nachfrage auf globaler Ebene habe. Indem er auf diese Weise argumentiert, ignoriert der Bundesrat die Dynamiken der Desinvestition vollständig: Durch die Initiative stehen den Rüstungsfirmen nämlich die Geldbeträge nicht mehr zur Verfügung, die heute immer grösser werden. Zudem behauptet die Exekutive, es gebe auf internationaler Ebene keinen Willen, Massnahmen, die in diese Richtung gehen, zu ergreifen. Dabei gibt es bereits die Prinzipien für verantwortliches Investieren (UNPRI), die von der UNO unterstützt werden und es ist auch der Wille da, abzurüsten und gewisse Waffen zu verbieten. Unter anderem sieht das der Atomwaffenverbotsvertrag vor, den die Schweiz immer noch nicht unterzeichnet hat und an dem sie nicht teilnehmen will. Es gilt schliesslich noch zu erwähnen, dass die Initiative bereits Erfolge feiern konnte. Denn seit ihrer Lancierung haben die Pensionskassen der Kantone Basel-Stadt und Luzern sowie die Pensionskasse Publica aufgehört, in international verbotene Waffen zu investieren. Es ist somit völlig falsch, die Initiative als unnötig zu bezeichnen.

Das Killerargument: «Es schadet der Wirtschaft»

Wie so oft, wenn es darum geht, eine fortschrittliche Initiative zu diskreditieren, greift der Bundesrat zum Argument der Wirtschaft. Das verlangte Verbot habe viel zu hohe administrative Kosten für die Pensionskassen zur Folge. Es hindere sie zudem daran, ihr Investitionsportfolio zu diversifizieren und habe schwere Folgen für die Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM).

In Wirklichkeit existieren schon heute zahlreiche diversifizierte Anlagefonds, die Kriegsmaterialproduzenten ausschliessen und dabei eine gute und teilweise sogar eine bessere Performance ausweisen als klassische Fonds. Es gibt zahlreiche Organisationen und Institutionen, die die nötigen Analysen durchführen könnten, sodass die Initiative gut umgesetzt werden kann. Das Argument bezüglich der MEM-Industrie muss als gänzlich falsch bezeichnet werden, denn der Bundesrat legt keinerlei Zahlen vor, die besagen, wie viele Firmen, die in diesen Branchen tätig sind, tatsächlich betroffen wären - und nicht auf zivile Güter umstellen könnten.

Es geht auch darum, einen Mythos zu ent-

kräften, denn was gut für die Wirtschaft ist, ist nicht unbedingt im Interesse einer Mehrheit der Bevölkerung, und umgekehrt. Hier geht es um das Interesse der Bevölkerung, entscheiden zu können, was mit ihrem Geld gemacht wird und entscheiden zu können, nicht mehr in Firmen zu investieren, die Tod und Leid in die Welt bringen – ob das nun der Wirtschaft passt oder nicht.

Einer beängstigenden Tendenz entgegenwirken

Als im Frühjahr 2016 entschieden wurde, diese Initiative zu lancieren, investierten die Banken 6,1 Milliarden Franken in Firmen, die Atomwaffen produzieren. Im Januar 2019 waren es dann 9,1 Milliarden, wobei 5,1 Milliarden alleine der UBS zuzuschreiben sind. Auf Rang zwei und drei befanden sich die SNB (2 Milliarden) und die Crédit Suisse (1,3 Milliarden). Angesichts dieser erschütternden Tatsachen ist die Kriegsgeschäfte-Initiative nötiger denn je. Wie in allen Bereichen, muss jemand die Vorreiterrolle einnehmen. Norwegen hat bereits einen Schritt in die richtige Richtung gemacht, indem es einige Waffenproduzenten aus seinem Staatsfonds ausgeschlossen hat. Nun ist die Schweiz, die so stolz auf ihre Neutralität und ihre Tradition als Friedensförderin ist, an der Reihe – sie sollte mit gutem Beispiel voran gehen!

VBS

Kostenexplosion im sympathischen Deckmantel

Viola Amherd schwingt auf einer Erfolgswelle. «Sie sei hervorragend eingestiegen, und habe bereits gute Dossierkenntnisse erreicht», heisst es auf bürgerlicher Seite. Und selbst auf linker Seite scheint man positiv überrascht zu sein von ihr. Somit alles bestens? Mitnichten.

Von Martin Parpan

Zugegeben, Viola Amherd verleiht dem VBS auf den ersten Blick ein anderes Gesicht, als es ihr etwas spröder und nicht gerade charismatische Vorgänger Guy Parmelin getan hat. In Umfragen erhält sie bei der Bevölkerung gute «Sympathienoten», wohl nicht zuletzt deshalb, weil sie auch Themen aufgreift, die im VBS bislang Fremdwörter waren. So macht sie sich für mehr Klimaschutz stark. Sie will das VBS gar zu einem grünen Vorbild machen. Solarpanels auf Kasernen oder die Reduktion vom CO₂-Ausstoss durch energieeffizientere Fahrzeuge sind ihre Ideen. Zudem will Amherd auch bei der Erhöhung des Frauenanteils Fortschritte erzielen. Sie strebt mehr Frauen in der Führung und generell in

der Armee an. Wenn es um die Kampfjetbeschaffung geht, spannt sie zudem Persönlichkeiten ein, die in der Schweiz eine hohe Popularität geniessen. So erstellte der Astrophysiker und ehemalige Astronaut Claude Nicollier einen Bericht zum Thema «Luftverteidigung der Zukunft».

Mehr, mehr, mehr

Nun gibt es aber eben auch diese andere – wesentlich entscheidendere – Seite von Viola Amherds Politik. Neben den unsinnig teuren Kampfjets möchte das VBS im nächsten Jahrzehnt Waffensysteme für die Bodentruppen für sieben Milliarden Franken beschaffen. Mit den Kampfjets zusammen beläuft sich der derzeitige Wunschzettel auf 15 Milliarden Franken. Zudem soll das jährliche Budget über die nächsten Jahre kontinuierlich bis auf sechs Milliarden Franken steigen. Die Taktik, die Viola Amherd wählt, um diese Kostenexplosion zu verteidigen, unterscheidet sich nicht von der Taktik, die schon ihre Vorgänger angewendet hatten. Gebetsmühelartig wird wiederholt, die Schweizer Armee

müsse dringend modernisiert werden, es sei schon längst überfällig. Immer wieder wird der Eindruck erweckt, dass die Armee am «ausbluten» sei, mit der Folge, dass es um die Sicherheit in der Schweiz nicht mehr gut bestellt sei. Dies ist natürlich grober Unfug. Die Schweiz ist militärisch nicht bedroht. Die SchweizerInnen fühlen sich sicher. Dies belegt auch die neuste Sicherheitsstudie der ETH Zürich. In der repräsentativen Umfrage gaben 95 Prozent der Befragten an, sich in der Schweiz allgemein sicher zu fühlen. Es scheint, die Bevölkerung könne der Schwarzmalerei aus dem VBS wenig abgewinnen. Widersprüchlich ist zudem, dass Viola Amherd mit der Idee vom «grünen VBS» erkannt zu haben scheint, dass die wahren Bedrohungen im ökologischen Bereich liegen. Wenn Viola Amherd aber alles dafür tut, um immer noch «mehr Armee» zu erhalten, dann tut sie auch alles, um den CO₂-Ausstoss zu erhöhen. Wenn die Grundmasse dermassen vergrössert wird, nützt es wenig, diese mit vereinzelt Effizienzmassnahmen grün anzustreichen. In Bezug auf das Thema Frauen liegt es auf der

Hand, dass das VBS vor allem deswegen an ihnen interessiert ist, weil immer weniger Männer Militärdienst leisten wollen. Die Frauen sollen nun als Lückenbüsserinnen hinhalten.

Brandgefährliche Politik

Was somit zurückbleibt, ist das Bild einer Politik, die auf den ersten Blick einen «netten» Eindruck macht, in der Sache aber brandgefährlich ist. Brandgefährlich deshalb, weil die hemmungslose Budget- und Ausgabenpolitik mit fortschrittlichen Themen wie Ökomarketing und Erhöhung des Frauenanteils auf dem Beifahrersitz daherkommt. Dadurch besteht die Gefahr, dass der eigentliche Kern, nämlich die Expansion der Armee, zu wenig im Fokus steht. Für friedenspolitische Kreise muss es somit darum gehen, darauf hinzuweisen, was im VBS wirklich abläuft, dies transparent zu machen und dagegen anzukämpfen. Sonst könnte es sein, dass die Schweiz eines Morgens aufwacht und feststellen muss, dass noch weniger Mittel für Bildung, Umweltschutz und das Gesundheitswesen vorhanden sind, weil die Mittel von der «Armeekrake» gefressen wurden.

«CONVOY TO REMEMBER»

Militärköpfe im Aargau

Vom 8. bis 11. August fand in Birmensdorf im Aargau der achte und vermutlich letzte *Convoy to remember* statt. Beim *Convoy to remember* handelt es sich gemäss Aussagen der OrganisatorInnen um das «grösste internationale Militär-Oldtimer-Treffen der Schweiz». Wir waren vor Ort.

Von Michael Christen

Es regnet, als wir in Birmensdorf aus dem Bus steigen. Schon von weitem riechen wir den markanten Geruch von verbranntem Öl und Diesel und hören das Geklapper von alten Motoren. Der *Convoy to remember* ist nicht zu übersehen, -hören und -riechen. Gemäss Aussagen der Veranstaltenden waren über 600 Fahrzeuge, 100 Motorräder und 50 Panzer aus ganz Europa präsent. Zudem war die Schweizer Armee mit 120 Soldaten und 24 Fahrzeugen anwesend. Mit über 20'000 BesucherInnen feierte die Veranstaltung laut OrganisatorInnen einen Teilnehmendenrekord. Personen vor Ort waren jedoch der Meinung, dass es noch nie so wenig Besuchende wie in diesem Jahr hatte. Untermauert wurde dieses Bild von zahlreichen leeren Parkplätzen.

An der Eingangsstrasse müssen wir uns durch die aufgereihten und langsam fahrenden Militär-Oldtimer schlängeln. Wir fühlen uns ein wenig deplatziert. Die meisten Menschen um uns herum tragen verschiedenste Militäruniformen aus unterschiedlichen Ländern. Wir entdecken sogar Kinder im kompletten «Vier-

frucht-Tenue». Für alle Umstehenden scheint dieses Bild völlig normal. Über unsere Köpfe donnert ein Stinson-Flugzeug und vollführt seine Pirouetten. Wenig später stehen wir bereits bei einer langen Warteschlange. Nach einigem Rätseln erkennen wir, dass sich die Leute hier anstellen, um in die Panzer einsteigen und eine Spritzfahrt auf der improvisierten Panzerpiste in der Kiesgrube unternehmen zu können. Spritzfahrt trifft es ganz gut, der Boden ist sehr matschig vom Regen und dem Gewicht der Panzer – wir gehen weiter.

Kurz darauf, bereits zum zweiten Mal, erwartet uns Action von oben: Ein Fallschirmspringer-Detachement der Schweizer Armee springt aus einem Flugzeug und landet neben der Panzerpiste. Das sieht zugegebenermassen ganz eindrücklich aus. Ob diese Truppengattung im unwahrscheinlichsten Falle eines Ernstkampfes aber etwas bringen würde, sei dahingestellt.

Reenactors Camp – oder Bier trinken in Uniform

Bald erwartet uns das nächste «Highlight»: das «Reenactors Camp». Nach einem kurzen Blick über das Gelände lässt sich dies wohl definieren als «in Armeeuniform neben Militärfahrzeugen rumstehen und Bier trinken». DarstellerInnen der Nationalen Volksarmee der DDR spielen neben der historischen Bundeswehr Krieg. Mittendrin steht der «Verein Schweizer Armeefreunde» und die «Légion étrangère». Abgetrennt werden die Darstel-

lenden durch Seile. Es wirkt wie in einem Museum mit lebendigen Ausstellungsstücken.

Zum Schluss machen wir noch einen Abstecher zum Heer. Die Schweizer Armee hat gefühlt von jedem ihrer Fahrzeuge ein Stück auf den Platz gestellt. Der Schützenpanzer 2000 steht neben dem Kampfpanzer Leopard und der Panzerhaubitze M109. Ausserdem wird der neue Brückenlegepanzer Leguan vorgeführt. Interessant ist zudem, dass die Ar-

mee (anscheinend ganz stolz) das FIS Heer präsentiert – eines der grössten Beschaffungsdebakel der Armee.

Auf dem Heimweg diskutieren wir das Erlebte. Das Ziel der Veranstaltenden war mit dem *Convoy to remember* an den Krieg und insbesondere den D-Day zu erinnern. Dies ist aus unserer Sicht überhaupt nicht gelungen. Ein Eindruck bleibt: Militärköpfe, die den Krieg verherrlichen.

Krieg spielen und Biertrinken am Convoy to Remember. (Foto: GSoA)



KAMPFJETS

Trump-Jet im Anflug

Die Kampfjetbeschaffung geht in die heisse Phase: Vor den Sommerferien hat der Bundesrat seine Botschaft zur Beschaffung von neuen Luxus-Kampfjets für 6 Milliarden Franken vorgelegt. Nach dem Rausschmiss des Gripen ist klar: US-amerikanische Kampfjets von Trumps Gnaden haben gute Chancen im Beschaffungswettbewerb. Von Lewin Lempert

Auf der Website des VBS steht es seit Kurzem schwarz auf weiss: «Mögliche Referendumsabstimmung über neue Kampfflugzeuge am 27. September 2020.» Kurz vor den Sommerferien, am 26. Juni 2019, hat der Bundesrat die Botschaft zu einem Planungsbeschluss für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge vorgelegt. Die Botschaft sieht nun definitiv einen Kostenrahmen von 6 Milliarden Franken für die Beschaffung neuer Jets vor. Das ursprüngliche Vorhaben, die Beschaffung neuer Kampfjets mit der Beschaffung eines neuen Bodenluftabwehrsystems (Bodluf) zu koppeln, ist damit definitiv vom Tisch. Was im Planungsbeschluss jedoch fehlt, ist Kostentransparenz. 6 Milliarden reichen aus, um neue Kampfjets zu kaufen. Die riesige Summe reicht aber bei weitem nicht, um diese Kampfjets dann auch zu betreiben, zu warten,

zu aktualisieren. Total ist mit mindestens 18 Milliarden Franken zu rechnen, welche über die gesamte Lebensdauer der Kampfjets ausgegeben werden – sollte die Bevölkerung dem Kauf zustimmen. Geplant ist nach der Veröffentlichung der Botschaft nun eine parlamentarische Debatte von September bis Dezember in diesem Jahr. Danach läuft die Referendumsfrist von 90 Tagen, um mindestens 50'000 gültige Unterschriften zu sammeln. Ob

es bei der parlamentarischen Debatte zur Beschaffung zu Verzögerungen kommt, ist aktuell noch nicht abzusehen. Bürgerliche ParlamentarierInnen überlegen sich gemäss NZZ bereits, den Kostenrahmen von 6 Milliarden aus der Vorlage zu streichen. Damit wäre der Planungsbeschluss, der schon jetzt weder die genaue Anzahl der Jets noch den Kampfjet-Typen enthält, definitiv eine Blackbox und ein Blankocheck für die Armee. Zudem hat die SVP angekündigt, dass sie 6 Milliarden für zu wenig Geld hält – es müssten mindestens 7 Milliarden ausgegeben werden, um die Sicherheit der Schweiz gewährleisten zu können.

Eines ist klar: Der Kampfjet-Basar ist eröffnet und die Bürgerlichen werden alles versuchen, um möglichst viel Geld für neue Kampfjets locker zu machen, während die Bevölkerung über möglichst wenige Informationen zur anstehenden Beschaffung verfügen soll.

Typenwahl nach Volksabstimmung

Die Volksabstimmung über neue Kampfjets wird durchgeführt werden, ohne dass die Bevölkerung den Kampfjet-Typen kennt. Doch die Auswahl hat sich verkleinert: Der Hersteller Saab mit seinem Kampfjet Gripen wurde aus der Kampfjetevaluation ausgeschlossen. Dies, weil der Gripen E anscheinend noch immer nicht flugtauglich ist. Dies zeigt einmal mehr, dass die GSoA beim Gripen-Referendum vollkommen richtig lag, als sie den Gripen als Papierflieger bezeichnet hat. Das Ausscheiden des Gripen bedeutet aber auch, dass die amerikanischen Anbieter ihre Chancen verbessern konnten. Mit dem F/A-18 Super Hornet und dem F-35A sind zwei von vier verbliebenen Anbietern amerikanischer Herkunft. Gerade dem F-35A werden gute Chancen eingeräumt, da gewisse Militärkreise den Kampfjet der fünften Generation angeblich favorisieren. Dies bedeutet im Umkehrschluss eine beträchtliche Erhöhung des Risikos, dass die Schweiz einen Kampfjet von Trumps Gnaden kauft und somit indirekt dessen Kriegstreiberei unterstützt. Da sagen wir natürlich: So sad, but no thanks.



ZIVILDienst

Neue Absurditäten beim Zivildienstgesetz

Der Ständerat hätte sich eigentlich während der Sommersession zum neuen Zivildienstgesetz äussern sollen. Doch dann entschied im Mai die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats (SiK-S), mit 9 zu 2 Stimmen, das Projekt auf Eis zu legen, um die Möglichkeit einer Zusammenlegung von Zivildienst und -schutz zu prüfen. Von Aline Bressoud

Die Angriffe auf den Zivildienst gehen weiter und verschärfen sich. Im April 2019 hatte die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats vorgeschlagen, auf die Revision des Zivildienstgesetzes einzugehen und sieben der acht vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen gutzuheissen (bei jener, die verworfen wurde, ging es um Auslandseinsätze). Eine Mehrheit der Kommission ist der Ansicht – zu Unrecht – dass diese Massnahmen langfristig die Rekrutanzahlen der Armee stabilisieren.

Und wieder ein absurder Vorschlag

Es war zwar vorgesehen, dass der Ständerat während der Sommersession zur Revision des Zivildienstgesetzes Stellung nimmt. Doch die Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr (RK MZF) wandte sich mit einem Brief an die SiK-S, in dem sie diese bat, eine Zusammenlegung von Zivildienst und Zivilschutz zu prüfen. Paradoxe Weise weckte dieser neue Vorschlag das Interesse der Kommission, die beschloss, die Frage zu vertiefen

und somit die Prüfung des offiziellen Geschäfts auf Eis zu legen.

Eine solche Fusion wäre jedoch aus folgenden zwei Gründen völlig absurd und schwer vorstellbar: Erstens ist der Zivildienst auf Ebene Bund organisiert, der Zivilschutz aber auf Ebene Kanton, was viele Spezialfälle mit sich bringt. Zweitens kommt der Zivilschutz in ausserordentlichen Situationen zum Einsatz, der Zivildienst und die Zivis setzen sich jedoch tagtäglich für das Wohl der Allgemeinheit ein.

Ein Referendum ist notwendig

Die Gesetzesrevision wirkt bestrafend und die vorgeschlagenen Massnahmen sind übertrieben sowie disproportional angesichts der aktuellen Situation. Es ist ganz klar, dass der Zivildienst als Sündenbock für die internen Probleme der Armee dienen soll. Zudem beschneiden die geplanten Massnahmen zahlreiche Grundrechte, indem sie gegen das Proportionalitäts-, das Rechtsgleichheits- und das Äquivalenzprinzip zwischen Zivil- und Militärdienst verstossen.

So hatten eine Mehrheit der GSoA-Mitglieder an der Jahresversammlung 2019 beschlossen, ein allfälliges Referendum gegen die Änderungen beim Zivildienstgesetz zu unterstützen. Die GSoA trägt seit 30 Jahren durch vielseitige Engagements und Aktionen dazu bei, dass ein starker Zivildienst existiert und überhaupt erst entstanden ist. Dieser ist als Alternative zur Armee eine grundlegende und unverzichtbare Institution, die der gesamten Gesellschaft

etwas bringt. Es ist somit inakzeptabel, dass die Politik diesen Dienst angreift, und die Armee immer mehr Ressourcen bekommt. Der schweizerischen Zivildienstverband (CIVIVA) hatte zu Beginn des parlamentarischen Verfahrens mit einem Referendum gedroht. Die GSoA hat mit der Organisation Kontakt aufgenommen und ihr erneut Unterstützung für das allfällige Referendum zugesprochen.

Die GSoA sucht Psychiater und Psychiaterinnen!

Das Sekretariat der GSoA ist auf der Suche nach Psychiaterinnen und Psychiatern. Nicht weil, wie unsere Leserinnen und Leser aus Armeekreisen vielleicht zu hoffen wagen, wir uns sorgen machen um unsere psychische Gesundheit. Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass es nicht verrückt ist, die Armeeabschaffung zu verlangen und die Rüstungsindustrie zu bekämpfen. Uns geht es bestens, vielen dank für die Nachfrage.

Jedoch gibt es viele Personen, welche sich psychisch nicht in der Lage sehen, den Militärdienst zu verrichten. Viele von Ihnen melden sich bei uns und bitten um Kontaktdaten für geeignete Psychiaterinnen und Psychiater. Um diesen Personen schnellstmöglich eine kompetente psychiatrische Beratung zukommen zu lassen, sind wir auf der Suche nach Psychiaterinnen und Psychiatern. Sind Sie ein solcher / eine solche oder kennen Sie jemand, dann melden Sie sich doch bitte bei uns (gsoa@gsoa.ch).

SÖLDNERGESETZ

Schlappe für Pilatus

Das Eidgenössische Departement des Äusseren (EDA) verbietet Pilatus die Weiterführung der Dienstleistungen in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und zeigt den Flugzeugbauer bei der Bundesanwaltschaft an. Pilatus reagiert empört und zieht den Entscheid vors Bundesverwaltungsgericht. *Von Judith Schmid*

Es war eine hoch erfreuliche Meldung, die uns Ende Juni erreichte: Pilatus muss die Supportleistungen an den 55 PC-21-Trainingsflugzeugen, die für die saudische Armee erbracht wurden, innerhalb von 90 Tagen einstellen. Dasselbe gilt auch für die Geschäfte mit den VAE. Beide Länder sind massgeblich am Krieg im Jemen beteiligt und tragen eine grosse Verantwortung für die humanitäre Katastrophe, die sich dort abspielt. Nicht vom Verbot betroffen sind unverständlicherweise die Supportleistungen in Jordanien, obwohl sich auch dieses Land im kriegführenden Bündnis engagiert.

Oskar Schwenk, Präsident von Pilatus, kann den Entscheid erwartungsgemäss nicht verstehen. Doch während die GSoA eine Erweiterung der Verbote fordert, kritisiert er den Entscheid des EDA grundlegend und zieht ihn vors Bundesverwaltungsgericht. Zudem droht er, den Geschäftsbereich der militärischen Trainingsflugzeuge mit 1000 MitarbeiterInnen ins Ausland zu verlagern und vergisst dabei, dass die Flugzeuge in keinem anderen Land als sogenannte «besondere militärische Güter» durchgehen würden, sondern als Kriegsmaterial, geknüpft natürlich an strengere Exportbedingungen.

Verstoss gegen das Söldnergesetz

Neben dem ausgesprochenen Verbot hat das EDA die Pilatus-Werke bei der Bundesanwaltschaft angezeigt. Es bestehe der Verdacht, dass die im Söldnergesetz vorgesehene Meldepflicht verletzt wurde. Schwenk nannte diese Bestimmung in der NZZ auch schon einen «Gummiparagraphen». Und wie immer, wenn die Rüstungsindustrie jammert, ist auch

das Parlament schnell auf Kurs: Dieses Mal will die zuständige Untergruppe der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrats der Sache nachgehen. CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann zieht gar eine Änderung des Söldnergesetzes in Erwägung. So wie dieses jetzt ausgelegt würde, habe man es bei der Beratung nicht gewollt, sagte sie zu Radio SRF. Es ist also vieles offen, wie es im Fall Pilatus weitergehen wird. Ausser der Linken – für einmal unterstützt durch das EDA – scheinen sich hier zu Lande einmal mehr alle nur um

das Einhalten von Geschäftsverträgen und den Profit zu kümmern, während in den Vordergrund dazu jeweils die Arbeitsplätze gestellt werden. Die Rolle von Pilatus, welche die Firma durch ihre Trainingsflugzeuge und Simulatoren im Jemenkrieg spielt, scheint für Wirtschaft und Politik absolut zweitrangig – von Verantwortung erst recht zu schweigen. Es bleibt zu hoffen, dass die Bundesanwaltschaft einen Verstoss gegen die Meldepflicht feststellt, bevor das Söldnergesetz allenfalls verwässert wird.



Das EDA verbietet die Supportleistungen an den 55 PC-21 in Saudi-Arabien. (Foto: User: Hornet Driver / Wikimedia Commons / CC-BY-SA-4.0)

OPERATION ATALANTA

GSoA versenkt militärische Auslandseinsätze

Am 24. September 2009 stimmte das Parlament nach einer aktiven GSoA-Kampagne gegen den militärischen Somalia-Einsatz. *Von Josef Lang*

Vor zehn Jahren feierte die GSoA einen ihrer grössten und wichtigsten Erfolge. Der Nationalrat verwarf mit 102 zu 81 Stimmen die Entsendung von Schweizer Soldaten in die Piratenjagd vor der somalischen Küste. Die federführende Aussenministerin Micheline Calmy-Rey zog darauf den Schluss: «Jetzt ist das Kapitel militärische Auslandseinsätze für Jahrzehnte abgeschlossen.»

Somalia als Ersatz für Afghanistan

Dem Absturz der sogenannten Operation Atalanta war Ende 2007 der Abbruch des Afghanistan-Einsatzes vorausgegangen. Zuvor

hatten verschiedene militär- und aussenpolitische Gremien den Ausbau der dreiköpfigen Militärpräsenz auf ein ganzes Detachement angestrebt. Um die Sinnlosigkeit dieser Absichten inner- und ausserparlamentarisch überzeugender vertreten zu können, habe ich im Herbst 2006 Afghanistan besucht. Dort erfuhr ich von vielen PolitikerInnen und BürgerInnen, mit denen ich sprach, dass sie von der Schweiz mehr ziviles und nicht mehr militärisches Engagement erwarten.

Angesichts der wachsenden Opposition im Bundeshaus beschloss die Landesregierung im November 2007, zukünftig auf jegliche militärische Präsenz am Hindukusch zu verzichten. Gemäss 2010 veröffentlichten Wikileaks-Dokumenten waren die Nato-Generäle, aber auch Schweizer Diplomaten erbost, dass sich der Bundesrat dem Druck von links und

rechts gebeugt hatte. Dies bestätigte den von der GSoA bereits 2008 geäusserte Verdacht, dass die bundesrätliche Zusage zur Somalia-Mission eine Ersatzhandlung zur Beschwichtigung der Nato war.

Raison d'être der Armee

Entscheidend für die Verhinderung des Militäreinsatzes war die Tatsache, dass zusätzlich zur SVP, die aus isolationistischen Gründen Nein stimmte, eine Mehrheit der Linken dagegen war. Offiziell war keine Fraktion derart heftig dafür gewesen wie die der zuständigen Aussenministerin. Nach einer intensiven Debatte votierten 18 der 42 SozialdemokratenInnen gegen den Einsatz. Bei den Grünen waren es 21 von 22. Bei der FDP und CVP stimmten nur vier Nein, aber zehn enthielten sich. Dass die linke Ablehnung so deutlich

ausfiel, war das Verdienst der GSoA. Sie hatte gemeinsam mit den Jusos und den Jungen Grünen eine monatelange Gegenkampagne geführt – im Sinne von «Solidarität statt Soldaten.» Allerdings waren wir nur erfolgreich dank der Massenbewegung gegen den Irak-Krieg. Sie hatte die Kräfteverhältnisse innerhalb der SP zugunsten des friedenspolitischen Lagers gekehrt.

Hinter der Absicht, Soldaten ins Ausland zu schicken, steckte ursprünglich die Armee. Was Micheline Calmy-Rey am 29. November 2006 vor der Zürcher Offiziersgesellschaft sagte, wusste diese schon lange: «Ich bin überzeugt, dass diese Einsätze eine wichtige Raison d'être unserer Armee werden können.» Da daraus nichts wurde, setzte die Armee – unter SVP-Ägide – wieder stärker auf Traditionelles. Aber auch hier gab es am 18. Mai 2014 mit dem Absturz der Gripen einen Rückschlag.

KRIEGSMATERIALEXPORTE

Zyklus des Grauens – und die Schweiz mittendrin

Die Kriegsmaterialexporte aus der Schweiz nahmen im ersten Halbjahr 2019 erneut zu. Die Schweiz leistet damit ihren verheerenden Beitrag zur Destabilisierung ganzer Regionen. *Von Magdalena Küng*

Es ist eine einfache Gleichung: Je mehr Konflikte irgendwo auf der Welt bereits ausgebrochen sind oder kurz bevorstehen, desto mehr Geld fliesst in die Kassen der Rüstungsindustrie. Die naive Vorstellung, dass mehr Waffen zu einer schnelleren Deeskalierung

von bewaffneten Konflikten führen könnten, lässt sich nicht bestätigen. Geschweige denn, dass mehr Waffen Kriegsregionen nachhaltig stabilisieren könnten. Anstatt aber auf zivile Konfliktlösungen zu setzen, arbeitet die Schweiz fleissig mit an der Destabilisierung ganzer Regionen. Die neusten Exportzahlen zumindest lassen keinen anderen Schluss zu. Die Schweiz exportierte im ersten Halbjahr 2019 für fast 273 Millionen Franken Waffen ins Ausland. Einige Exporte sind besonders problematisch: So hat die Schweiz Munitions-

verkäufe für rund 13 Millionen nach Pakistan bewilligt, wo laut Amnesty International davon ausgegangen werden muss, dass sich staatliche «Sicherheitskräfte an Menschenrechtsverletzungen wie Folter und anderen Misshandlungen, willkürlichen Inhaftierungen, aussergerichtlichen Hinrichtungen und Verschwindenlassen» beteiligen (Amnesty Länderbericht Pakistan 2017/18). Einmal mehr werden diese menschenverachtenden Praktiken also durch schweizerische Kriegsmateriallieferungen unterstützt.

Auch der Jemen-Krieg wird weiterhin mit Waffen aus der Schweiz alimentiert: In die Vereinigten Arabischen Emirate wurden erneut Exporte bewilligt. Dass das Durchwinken dieser Lieferungen in einem krassen Kontrast steht zum überwältigenden Erfolg der Korrektur-Initiative (S. 4), scheint dem SECO nicht aufzufallen. Aber wenn es um die Rüstungsindustrie geht, dann scheinen deutliche demokratische Zeichen aus der Bevölkerung plötzlich keine Rolle mehr zu spielen.

SEKI BERN

Ein Jurist geht, ein neuer Jurist kommt

Rund drei Jahre lang hat sich **Michael Christen**, von allen Michu genannt, um die GSoA-Buchhaltung gekümmert. Nun verlässt die GSoA als Sekretär. Ersetzen wird ihn **Moritz Lange** – ebenfalls Jus-Student. Von Judith Schmid

Michu, zuerst lange GSoA-Aktivist und dann Sekretär, ist neben Lewin vom Seki Zürich der Amtsälteste im aktuellen Seki-Team. Vor zweieinhalb Jahren übernahm er den Buchhaltungsposten, eine Disziplin, die er ironischerweise im Militär erlernt hatte. Des Weiteren hat er sich als Jus-Student immer wieder um rechtliche Fragen gekümmert, zahlreiche verzweifelte Soldaten beraten, und Regionalgruppentreffen sowie Sammelanlässe in Bern organisiert.

Nun wird uns Michu in Richtung Berner Oberland verlassen, als frischgebackener Jurist mit dem Masterdiplom in der Tasche, um in Interlaken sein Anwaltspraktikum anzutreten. Michu wird uns aber glücklicherweise erhalten bleiben. Er werde weiterhin einen kritischen Blick auf die Finanzen werfen, einfach als Vorstandsmitglied, versprach er. Wir hoffen natürlich auch, ihn als aktives Regionalgruppenmitglied und als Unterschriftensammler nicht zu verlieren.

Vom Aktivisten zum neuen Sekretär

Das vielseitige Profil von Michu zu ersetzen war nicht ganz einfach, es ist uns aber glücklicherweise recht schnell gelungen. Moritz Lange wird neuer Sekretär und wird sich in Zukunft um die GSoA-Finanzen kümmern. Mo-

ritz, wohnhaft in der Stadt Bern, studiert ebenfalls Jus und kennt sich aus mit sauber geführter Buchhaltung – nicht wegen dem Militär,



Moritz Lange neu im Seki Bern. (Foto: GSoA)

sondern dank seiner früheren Anstellung bei der Länggass-Tee AG im Berner Länggassquartier. Auch von Vorteil ist, dass er seit mehreren Jahren etliche aktivistische Stunden in der GSoA verbracht hat – sei es beim Unterschriften sammeln, bei der Organisation der Unterschriften-Beglaubigung, als Mitglied der Arbeitsgruppen Recht und Kampfjets, als Vorstandsmitglied und als Mitorganisator der Regionalgruppe Bern. Der Schritt ins Seki Bern wird also für ihn und auch für das aktuelle Team ein kleiner sein und es bleibt zu hoffen, dass er uns, wie Michu, erhalten bleibt bis er seinen Master abgeschlossen hat. Das dürfte noch mindestens zwei Jahre dauern.

In diesem Sinne: Guten Start und viele spannende Erfahrungen im Berner Oberland, Michu, und danke für dein vergangenes und hoffentlich zukünftiges Engagement in der GSoA. Herzlich Willkommen, Moritz, im Seki-Team!

GREGOR.

das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:
www.youtube.com/user/GregorsGunTV



GSoA-Material...



Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

Str./Nr. _____ PLZ/Ort _____

Tel. _____

E-Mail _____ E-Mail für Newsletter registrieren

Stck.	Bezeichnung	für Frau/Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
<input type="checkbox"/>	Peace-Button			Fr. 1.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Pullover «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Gregor»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
<input type="checkbox"/>	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.-	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.-	
<input type="checkbox"/>	Friedensfahne		<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
<input type="checkbox"/>	Kleber			kostenlos	
<input type="checkbox"/>	Jasskarten	<input type="checkbox"/> de Set <input type="checkbox"/> fr Set		Fr. 5.-	
<input type="checkbox"/>	Feldpost-Päckli			Fr. 60.-	

Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:

<input type="checkbox"/>	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!	Fr. 2.-
<input type="checkbox"/>	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!	Fr. 15.-
<input type="checkbox"/>	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!	Fr. 15.-

Versandkostenanteil **Fr. 4.80**

Ich werde GSoA-Mitglied Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-

Spende Fr. _____ Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-

Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

Rechnungsbetrag

Bestellung: **GSsA, CP 151, 1211 Genève 8, <https://www.gsoa.ch/shop>**



Impressum

Redaktion: Aline Bressoud (ab), Thomas Bruchez (tb), Jean Burgermeister (jb), Michael Christen (mc), Stefan Dietiker (sd), Nicolas Félix (nf), Adi Feller (af), Daniela Fischer (df), Mélanie Glayre (mg), Ronja Jansen (rj), Nora Komposch (nk), Eva Krattiger (ek), Magdalena Küng (mk), Josef Lang (jl), Moritz Lange (ml), Lewin Lempert (ll), Anna Naeff (an), Oger (og), Martin Parpan (mp), Julien Repond (jr), Judith Schmid (js, verantwortlich), Tobia Schnebli (ts), Muriel Waeger (mw), Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Übersetzung:** Catherine Jost **Druck:** ROPRESS Zürich
Auflage: 18'800, mindestens viermal jährlich **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.-/ Nichtverdienende Fr. 50.-** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- PC-Konto: PC 40-37315-5
Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.